

Bewahrung der Schöpfung

Großbaustelle Energiepolitik

Von der Suche nach dem Atomendlager bis zur Energiewende: Die Energiepolitik in Deutschland ist derzeit eine einzige große Baustelle.

Von Bruno Sonnen

Es läuft an vielen Stellen nicht rund in der Energiepolitik. Das fängt beim Streit um die Stromtrassen an und hört bei der Debatte um die Standorte von Windrädern nicht auf. Der „Paulinus“ greift beispielhaft drei Bereiche auf.

Baustelle Atomkraft: Wieder ein Atomkraftwerk weniger am Netz: In der Nacht vom 27. auf den 28. Juni wurde das AKW Grafenrheinfeld bei Schweinfurt wie geplant abgeschaltet. Eine Beeinträchtigung der Stromversorgung war anschließend nicht festzustellen. Grafenrheinfeld wird aber weiterhin Atomstandort sein: Das Atomzwischenlager unmittelbar neben dem Reaktorgebäude hat eine Betriebsgenehmigung bis 2046. Im übrigen wird der Rückbau der Atomkraftwerke noch über Jahre „Arbeitsplätze sichern“, worauf Schwarzmalter und Systembewahrer bekanntlich gerne pochen. Auch die Frage nach der „Endlager-

ung“ des strahlenden Mülls wird die Gesellschaft noch eine Weile beschäftigen: Die seit Mai 2014 arbeitende Endlager-Suchkommission des Bundes will bis 2016 Kriterien aufstellen, damit ergebnisoffen nach einem Endlagerstandort in Deutschland gesucht werden kann. Bis 2031 soll ein solcher Standort dann gefunden sein. Die Ausgaben dafür könnten in den kommenden Jahrzehnten auf 50 bis 70 Milliarden Euro ansteigen. Darauf hat der Chef der Kommission, der SPD-Politiker Michael Müller, hingewiesen. Das würde die „Rückstellungen“ der Energieversorger deutlich übersteigen. Die vier großen Stromkonzerne E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall haben für den Abriss ihrer Atomkraftwerke sowie für Zwischen- und Endlagerung des Mülls nur 36 Milliarden Euro vorgesehen, und ohne hin ist derzeit unklar, ob diese Summe real vorhanden ist oder nur in den Büchern steht.

Nicht wirklich klar ist auch, wie es im maroden Bergwerk Asse bei Wolfenbüttel weitergeht, wo einst erforscht werden sollte, ob man hier Atommüll endlagern kann. Atommüllfässer wurden dann schon mal reingekippt. Die derzeit geltende Beschlusslage sieht eine Räumung in den kommenden Jahrzehnten vor, es gibt aber auch



Demonstration gegen die geplante Flutung des Atommüllendlagers Asse und für eine Rückholung des Atom Mülls mit anschließender Unterschriftenübergabe an Bundesumweltminister Altmayer 2012 in Berlin.

Foto: Imago

stellt, sich also mit geringen Fördergeldern zufrieden gibt. Damit würden die Genossenschaften gegenüber den „Großen“ eindeutig benachteiligt, kritisieren nicht nur Greenpeace und das Bündnis Bürgerenergie (BBEn), ein bundesweiter Zusammenschluss von rund 500 000 Energiebürgern. Anfang August haben neun Länderminister, darunter die rheinland-pfälzische Energieministerin Eveline Lemke, den Bundeswirtschaftsminister aufgefordert, Ausnahmen von der Ausschreibungspraxis zugunsten der Bürgerenergie und kleinerer Akteure zuzulassen, um „den Erhalt von Bürgerenergie zu gewährleisten“. Das Ausschreibungsverfahren sei „vielleicht“, meint auch Mario Brüders vom Vorstand der „Südeifel Strom“, die mit 500 Mitgliedern und bisher 14 realisierten Projekten zu den aktivsten und erfolgreichsten Bürgerenergiegenossenschaften gehört. Die ersten beiden Ausschreibungsrunden der Bundesnetzagentur für Photovoltaikflächen bestätigen die Befürchtungen: Kein einziges Bürgerenergieprojekt hat einen Zuschlag erhalten. Und was derzeit noch bei den Flächen-Solarparks getestet wird, soll bald für alle erneuerbaren Energien gelten.

Experten, die das für unmöglich, weil zu gefährlich, halten. Unterdessen rosten die Atommüllfässer dort weiter vor sich hin.

Baustelle Kohle: Der Widerstand gegen die klimaschädlichste Energie hat zuletzt zugenommen. Erst vor wenigen Tagen gab es massive Proteste gegen den Braunkohletagebau Garzweiler in Nordrhein-Westfalen. Während RWE an der Kohle festhält, will Vattenfall seine Kohleförderung im Osten Deutschlands verkaufen. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat seine Pläne für eine Kohleabgabe in der Schublade verschwinden lassen. Stattdessen sollen jetzt die Betreiber Steuergelder dafür erhalten, dass sie Kohlemeister als Reserve vorhalten für den Fall, dass die Sonne mal nicht scheint und kein Wind weht.

Baustelle Bürgerenergie: Bisher war die Erfolgsgeschichte der erneuerbaren Energien auch eine der

mittlerweile über 900 Bürgerenergiegenossenschaften in Deutschland. Die jüngsten Reformen bremsen diese aber aus. Ein Stichwort dabei ist die „Ausschreibungspflicht“. Das bedeutet, wer Förderung für den Sonnen- oder Windstrom, den er produziert, bekommen will, muss an einem Ausschreibungswettbewerb der Bundesnetzagentur teilnehmen. Den gewinnt, wer mit seinem Projekt den günstigsten Strom her-